

Abteilung Sozialpolitik

Muhliusstr. 87

24103 Kiel

Tel. (0431) 98388-0

Fax (0431) 98388-72

Rückfragen: Herr Rosenkranz

Durchwahl (0431) 98388-0/-71

E-mail: torsten.rosenkranz@sovd-sh.de

E-mail: dagmar.lobocki@sovd-sh.de

Kiel, den 10.11.08
rk- lo

a) Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein

Drucksache 16/1846

b) Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein

Drucksache 16/1461

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein, möchten wir Ihnen herzlich für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme danken.

Nach Auffassung des Sozialverband Deutschland ist eine ausgewogene Politik für behinderte Menschen in unserem Lande in Ansehung der demographischen Entwicklung von höchster Bedeutung. Wir sehen dies vornehmlich auch unter dem Vorzeichen, dass die Bedürfnisse behinderter und älterer Menschen in vielen Lebensbereichen ähnlich sind und somit höchster Beachtung bedürfen.

1. Rahmenbedingungen

In Schleswig-Holstein haben sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen und den Institutionen, die an deren Versorgung wesentlich beteiligt sind, grundsätzlich verändert. Mit der Einführung des SGB XII und der Verabschiedung eines entsprechenden Ausführungsgesetzes für Schleswig-Holstein hat der Bereich der Behindertenhilfe eine wesentliche Änderung erfahren. Die Aufgabenübertragung fand vom Land auf die Kommunen statt und ist seit Beginn dieses Jahres im Leistungsrecht des Landesrahmenvertrages gemäß § 79 ff SGB XII in Kraft getreten.

Weiterhin wird eine politische Diskussion in Bezug auf die Reform der Finanzstrukturen der Eingliederungshilfen geführt. Nach Auffassung des Sozialverband Deutschland bedarf es hier einer genauen Beobachtung, damit die Versorgung behinderter Menschen über Jahrzehnte gesichert werden kann.

2. Situation in Schleswig-Holstein

Besonders hervorzuheben ist die in Schleswig-Holstein begonnene Diskussion über die Inklusion. Der Sozialverband Deutschland begrüßt diese Diskussion außerordentlich, führt die Inklusion doch in vielen Lebensbereichen für die betroffenen Menschen zu einem großen Stück Normalität, was nur im Sinne aller Menschen in Schleswig-Holstein sein kann.

Gleichwohl hat der Prozess der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe wohl zu größeren Spannungen geführt, als es im Jahre 2005 vielleicht ersichtlich war. Nach unserem Kenntnisstand bedarf es einer stärkeren Strukturierung und Konturierung der Hilfe für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein. Die derzeit zu beobachtende problematische Situation zwischen der kommunalen Ebene und den betroffenen Verbänden betrachten wir mit Argwohn. Es bedarf einer konstruktiven Kommunikation und vor allem auch der Implementierung eines gemeinsamen Ausschusses, um die Sicherstellungsfunktion des SGB XII in der Versorgung behinderter Menschen in Schleswig-Holstein die Position zu bringen, die ihr gebührt.

Insbesondere die demographische Entwicklung – aufgezeigt im Landesentwicklungsplan 2009 – sollte uns allen diesbezüglich zu denken geben. Zur Zeit besteht die Chance, die Hilfen für behinderte Menschen zukunftsfest zu machen und auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung abzustimmen. Deshalb bedarf es der Schaffung genereller Vereinbarungen in Schleswig-Holstein aber auch gleichermaßen der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften auf regionaler Ebene, um das dortige Planungsgeschehen nachhaltig an der Landesentwicklung allgemein auszurichten.

Für den Sozialverband Deutschland sind in der aktuellen Diskussion zwei Begriffe von grundsätzlicher Bedeutung. Zum einen bedarf es einer Neuorientierung hinsichtlich des Behinderungsbegriffes. Es bedarf einer Hinwendung zu einer ressourcenorientierten Betrachtung, die vornehmlich geeignet ist, die soziale Wirklichkeit behinderter Menschen abzubilden und ihre wichtige Stellung in der Gesellschaft herauszuarbeiten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat mit der Einführung internationaler Klassifikationen der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) hier einen richtigen Schritt für behinderte Menschen getan. Dieser Ansatz sollte auch national Beachtung finden.

Ein weiteres Problemfeld sieht der Sozialverband Deutschland im daraus folgenden Teilhabeplanungsprozess. Nach Erfahrungen unserer Kreisgeschäftsstellen läuft dieser Teilhabeplanungsprozess in fast allen Landkreisen unterschiedlich. Mithin bedarf es einer grundsätzlichen Diskussion über Richtlinien, nach denen die Teilhabeplanung funktionieren muss, um den individuellen Bedarf eines Menschen mit Behinderung objektiv festzustellen und zu befriedigen. Insbesondere der letzt genannte Grundsatz muss bei allen Überlegungen im Vordergrund stehen. Eine Favorisierung bestimmter Lebensformen, die Aufstellung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ vermag in vielen Bereichen das facettenreiche Leben der Menschen mit Behinderung nicht hinreichend abzubilden.

Es muss dabei immer als Leitgedanke der Inklusion ein objektiver Bedarf des betreffenden Menschen festgestellt werden und eine Bedarfsdeckung bzw. Teilhabeplanung muss darauf abzielen, möglichst weite Teilhabebereiche zu erschließen. Mögliche Einsparpotenziale haben in diesem Zusammenhang oftmals leider nur einen kurzfristigen Charakter und führen im Ergebnis nicht zu einer verlässlichen Politik für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein.

Der Sozialverband Deutschland unterstützt die Bestrebungen, die darauf abzielen, Menschen mit Behinderung nebst ihrer Angehörigen in den vorliegenden Diskussionsprozess mit einzuschließen und verstärkt zu beteiligen. Allein die Möglichkeit, dass behinderte Menschen ihre Möglichkeiten und Wünsche darlegen, könnte einer Objektivierung der vorliegenden Diskussion sehr förderlich sein.

Letztlich sollte in Schleswig-Holstein ein Runder Tisch gebildet werden, der alle Akteure im Bereich der Planung für behinderte Menschen mit einbezieht und für die Menschen in unserem Land konstruktive Perspektiven entwickelt.

Mit einem nochmaligen Dankeschön für die Möglichkeit der Stellungnahme verbleibe ich für den Sozialverband Deutschland

mit freundlichen Grüßen
Torsten Rosenkranz
Abteilung Sozialpolitik
